

Sachpolitik – weniger Polemik

Innerrhodens Ständerat Ivo Bischofberger ruft in seinem Sessionsbericht dazu auf, die Medien nicht als «Aufbauscher egoistischer Selbstverwirklichung» zu nutzen.

BERN. Die letzten Sessionen unseres Rates waren wesentlich durch Steuer- und Finanzthemen geprägt. Vor allem die verschiedenen Steuerkonflikte mit den USA, Deutschland und Frankreich absorbierten ein gerüttelt Mass an Energie. Die eben zu Ende gegangene Frühjahrssession brachte diesbezüglich etwas Abwechslung. So standen auf der einen Seite existenzielle Fragen zur Zukunft der Landwirtschaft und der Armee, die Revision des Alkoholgesetzes sowie gesundheitspolitische Themen im Zentrum – auf der andern Seite hatten wir uns nolens volens aber mit einem Übermass an parlamentarischen Vorstössen zu beschäftigen.

Mit den obligaten Schlussabstimmungen kamen zwölf Geschäfte parlamentarisch unter Dach und Fach. Alle Beschlüsse ausser jenen zu den Volksinitiativen und jenem zur elektronischen Abstimmung im Ständerat unterstehen dem fakultativen Referendum. Letzteres wird in Landwirtschaftskreisen ernsthaft gegen die Vorlage zur Agrarpolitik 2014–17 diskutiert.

Agrarpolitik 2014 – 17

Dass die Bäuerinnen und Bauern gegenwärtig und in Zukunft von einem rauen Gegenwind begleitet werden, haben wir in der parlamentarischen Beratung dieses Geschäftes deutlich zu spüren bekommen. Denn namentlich in vier wichtigen Themenkreisen konnten wir uns – zum Teil mit knappen Entscheiden – nicht durchsetzen: Streichung der Landschaftsqualitätsbeiträge, neues Modell zur Abstufung der Versorgungssicherheitsbeiträge auf Grünland aufgrund des Tierbesatzes, der gesetzlichen Verankerung der Allgemeinverbindlichkeit und der Verringerung des administrativen Aufwandes bei all den neu konstruierten Programmen.

Mit Blick auf die gesetzliche Verankerung der Verkäsungs- und Siloverbotszulage, Stärkung der Hangbeiträge, die kantonale Beteiligung von 10 Prozent an den Landschaftsqualitäts- und Biodiversitätsbeiträgen, Verbesserungen im Bäuerlichen Bodenrecht u.a.m., darf in einer kritischen Gesamtbetrachtung der Ergebnisse dennoch festgestellt werden, dass verschiedene Anliegen der Landwirtschaft bereits im Vernehmlassungsverfahren eingebracht werden konnten, welche bereits vorgängig im Gesetzestext Aufnahme fanden. Sodann darf sicher auch die Erhöhung des Rahmenkredits um 160 Millionen auf neu total 13,83 Milliarden Franken als wichtiger Erfolg betrachtet werden. Schliesslich kann und muss auf eben diesem Hintergrund in der Verordnung die definitive Verteilung der Mittel auf die einzelnen Bereiche kritisch analysiert und entsprechend via Vernehmlassungen begleitet werden. Denn durch die Parlamentsentscheide ist zwar der jeweilige Zahlungsrahmen für die Strukturverbesserungen, die Marktstützungsmassnahmen und die Direktzahlungen gegeben, offen ist jedoch die umfangmässige definitive Zuteilung.

Aufgrund dieser Auslegeordnung muss der Entscheid, gegen die gesamte AP 2014–17 ein allfälliges Referendum zu ergreifen, sehr wohl überlegt werden. Es darf nicht leichtfertig und ohne Not zu einer Zerreihsprobe innerhalb der Landwirtschaft führen, deren Folgen nur schwer abschätzbar sind. Dies umso mehr, als laut Mitteilung des Schweizerischen Bauernverbandes klare Signale vorliegen, dass namhafte Organisationen wie SAB, Bio Suisse, IP-Suisse, Mutterkuhhalter u.a.m. ein allfälliges Re-



Bild: apz

Ivo Bischofberger

ferendum nicht mittragen würden.

Armeevorlagen

Im Zusammenhang mit der Zukunft der Armee beherrschten vorab zwei Themenkreise die Diskussionen: die Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) zur Abschaffung der Wehrpflicht und die Beschaffung von 22 neuen Kampfjets Gripen. Nach gewalteter Debatte über die erste Vorlage folgte in der Abstimmung das eindeutige Verdikt: Mit 34 zu 7 Stimmen empfiehlt der Ständerat die Initiative, welche am 24. November dieses Jahres zur Abstimmung kommt, klar und deutlich zur Ablehnung. Nach dem Nationalrat spricht sich auch unsere Kammer grossmehrheitlich sowohl gegen eine Berufsarmee wie auch gegen die freiwillige Miliz aus.

Umso mehr erstaunt sodann das Stimmverhalten der Ratsmitglieder beim Gripen-Geschäft. Den zahlreichen zustimmenden Voten der Kommissionsmitglieder folgten zwar vereinzelte kritische Stimmen. Die Mehrheitsverhältnisse jedoch schienen klar. Doch wir Befürworter wurden eines Besseren belehrt. Bereits die Grundsatzabstimmung «Gripen-Beschaffung Ja oder Nein» erfolgte – trotz der deutlich zustimmenden Kommissionsempfehlung von 9 Ja zu 4 Nein – mit lediglich zwei Stimmen Unterschied (22 zu 20) äusserst knapp. Zu weit mehr Diskussionen Anlass gab dann aber das eigenartige Abstimmungsverhalten einzelner Kolleginnen und Kollegen beim Entscheid über die Freigabe der Finanzen, welche der Ausgabenbremse unterstellt war. Damit der Verpflichtungskredit von 3,1 Milliarden Franken gesprochen werden konnte, war die Lösung der Ausgabenbremse mit einer Mehrheit von 24 Stimmen notwendig. Diese absolute Mehr braucht es bei einmaligen Ausgaben immer dann, wenn der Verpflichtungskredit höher liegt wie 20 Millionen. Von den anwesenden Ratsmitgliedern stimmten aber lediglich deren 23 zu. Damit hat der Rat die Vorlage de facto abgelehnt. Nun kommt das Gripen-Geschäft voraussichtlich in der Sommersession in den Nationalrat. Sollte die Grosse Kammer die Ausgabenbremse lösen, wird sich unser Rat dann ein zweites Mal damit befassen.

Weniger wäre oft mehr

Schliesslich gelang es, den Traktandenberg mit einer Unmenge von Motionen, parlamentarischen Initiativen, Postulaten und Interpellationen abzarbeiten. Doch genau hier müssen wir uns selbstkritisch Fragen nach Sinn und Unsinn der eingereichten Vorstösse stellen. Die aktuell veröffentlichten Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: So wurden 1995 im Nationalrat 233 Fragen gestellt, 2010 waren es bereits

622. Die Zahl der Interpellationen verdoppelte sich im gleichen Zeitraum von 237 auf 496. Stände- und Nationalräte gaben 1995 zusammen 179 Motionen, 115 Postulate und 34 Parlamentarische Initiativen ein. 15 Jahre später wurden 482 Motionen, 191 Postulate und 142 Parlamentarische Initiativen eingereicht. Im Durchschnitt erhöhte sich pro Ratsmitglied die Zahl parlamentarischer Vorstösse also von 3,9 auf 8,4; Tendenz steigend.

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Die zunehmende Zahl von Vorstössen ist vorab und ohne Diskussion medienbedingt. Denn wird ein Thema (Energie- und Sozialpolitik lassen grüssen) mit dicken, grossen Lettern in den Medien überzeichnet dargestellt, vergeht nur eine kurze Zeit, bis Parlamentarier unterschiedlichster Couleur den Ball aufnehmen und entsprechend regieren. Jüngstes Beispiel im Bereich der vorgenannten Sozialpolitik liefern die Interpellationen zur Alterspolitik 2020 des Bundesrates. Von SVP, SP über FDP und CVP bis hin zu den Grün-Liberalen wurde eine nicht unbedeutende Anzahl von dringlichen Interpellationen eingereicht. Dabei hatte der Bundesrat ja lediglich Eckwerte zur bevorstehenden Revision von AHV und BVG bekanntgegeben. Diese fanden in den Medien allerdings unterschiedliche Bewertungen und die Folgen sind bekannt und dies nota bene ohne ein einziges Wort über die dadurch verursachten finanziellen Aufwendungen – die Behandlung eines Vorstosses kostet gegen 8000 Franken zu verlieren.

Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Zusammen mit dem Bundesrat sind wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier aufgerufen, tragbare, zukunfts-trächtige Lösungen zu finden, Sachpolitik zu betreiben und die Medien nicht als Aufbauscher egoistischer Selbstverwirklichung, sondern als objektive Informationsträger zu nutzen.

Ivo Bischofberger
Ständerat AI/CVP

Verkehrspolitisch Relevantes

Ausserrhodens Nationalrat Andrea Caroni kommt in seinem Bericht zum Schluss, dass die Chancen für die Umfahrung Herisau mit teureren Vignetten steigen.

BERN. Die Schweizergarde bewacht den Papst, der Bundessicherheitsdienst bewacht den Bundesrat – aber wer bewacht die Parlamentarier? Es ist die Terrakotta-Armee des chinesischen Kaisers Qin (221–210 v. Chr.). Dies jedenfalls seit dieser Frühjahrssession, als uns China freundlicherweise eine Gruppe seiner berühmten Soldaten-Statuen auslieh und sie in Bern unweit des Bundeshauses einquartierte.

Tauziehen um Militärbudget

Die nationale Sicherheit war aber auch innerhalb des Bundeshauses ein Thema: Im Tauziehen ums Militärbudget mit dem Bundesrat, der 4,7 Milliarden Franken vorschlägt, hielt der Nationalrat an 5 Milliarden Franken fest. Auch in der inneren Sicherheit war der Nationalrat hart und empfahl überraschend die «Pädophilie-Initiative» zur Annahme. Mein Kompromissvorschlag, der nicht nur hart, sondern auch verhältnismässig gewesen wäre, scheiterte leider an einer unheiligen Allianz.

Auch in der Gesundheitspolitik standen Volksinitiativen zur Debatte. Zur «Hausarzt-Initiative» empfiehlt der Nationalrat zwar Ablehnung. Er unterstützt dafür Gegenvorschläge, welche die Grundversorgung allgemein stärken sollen. Zur Volksinitiative für eine Einheitskasse ging der Rat neue Wege und versuchte den Bundesrat zu zwingen, auf einen Gegenvorschlag zu verzichten. Ausgetretene Pfade begingen wir hingegen mit der Wiedereinführung des Zulassungsstopps für Ärzte. Im Lebensmittelgesetz zeitigte der Pferdefleischskandal Spuren – der Nationalrat stimmte unter anderem einer Pflicht zur Herkunftsangabe bei Zutaten in Fertigprodukten zu.

Vorbehältlich Referendum

Ebenso eng mit Lebensmitteln befasst ist die Agrarpolitik 14/17. Sie kann nun vorbehältlich eines Referendums in Kraft treten. Die Räte währten die Stossrichtung der Reform (stärkere Ausrichtung der Direktzahlungen auf die öffentlichen Leistungen), wobei sie



Bild: apz

Andrea Caroni

einer Budgetaufstockung nicht widerstehen konnten.

Wirtschaftspolitisch nahm die «Swissness-Vorlage» einen grossen Schritt: Beide Räte sind sich nun einig, dass ein Lebensmittel mit dem Label «Schweiz» zu 80 Prozent aus Schweizer Rohstoffen bestehen muss. Über die Industrieerzeugnisse streiten wir noch. Die «1:12»-Initiativen witterten nach dem «Minder»-Ja Morgenluft; beide Räte lehnten sie jedoch in der Schlussabstimmung klar ab.

Sodann überwiesen wir eine Motion zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten als minimalen nationalen Standard (werktags bis 20 Uhr, samstags bis 19 Uhr). Schliesslich regelten wir nach unendlichen Irrfahrten die Frage der nachrichtenlosen Vermögen (sie werden nach fünfzig Jahren liquidiert).

Im Bereich der Steuern beschlossen wir Folgendes: In der Unternehmenssteuerreform II sind keine Kompensationen nötig; die Emissionsabgabe auf Eigenkapital soll abgeschafft werden; Kosten für Aus- und Weiterbildung sollen unbeschränkt abzugsfähig werden.

Verschärfungen beschlossen

Von staatspolitischer Bedeutung war die Revision des Bürgerrechtsgesetzes: Der Nationalrat beschloss einige Verschärfungen (C-Bewilligung; erhöhte Anforderungen an Integration und Sprache; Teenagerjahre zählen nicht mehr doppelt). Im Gegenzug wurde die minimale Aufenthaltsdauer in der Schweiz von 12 auf 10 Jahre reduziert. Hohe Wellen warf sodann die (Nicht-)Gewährleistung der Kantonsverfassung Schwyz.

In der Energiepolitik lehnten wir die «Cleantech-Initiative» klar ab; sie stammt noch aus der Vor-Fukushima-Zeit und wäre noch weit ambitionierter als die «Energiestrategie 2050» des Bundesrates. Dafür erhöhte der Nationalrat die Abgabe zur Subventionierung erneuerbarer Energien und sprach Geld für eine koordinierte Energieforschung.

Teurere Vignetten
Verkehrspolitisch höchst relevant fürs Appenzellerland war das Ja zur Vignetten-Erhöpfung auf 100 Franken. Verbunden mit einer Sonderlösung für die Appenzeller Kantone (wir erhalten weiterhin jährlich Millionen aus der Mineralölsteuer, bis bei uns substanzialle Ausbauten auf der neuen N25 erfolgen), steigen damit die Chancen für den Bau der Umfahrung Herisau. Ich hoffe, dass das angedrohte Referendum gegen die Vignetten-Erhöpfung diesen schönen Sessions-schlusspunkt nicht zunichte macht.

Andrea Caroni
Nationalrat AR/FDP

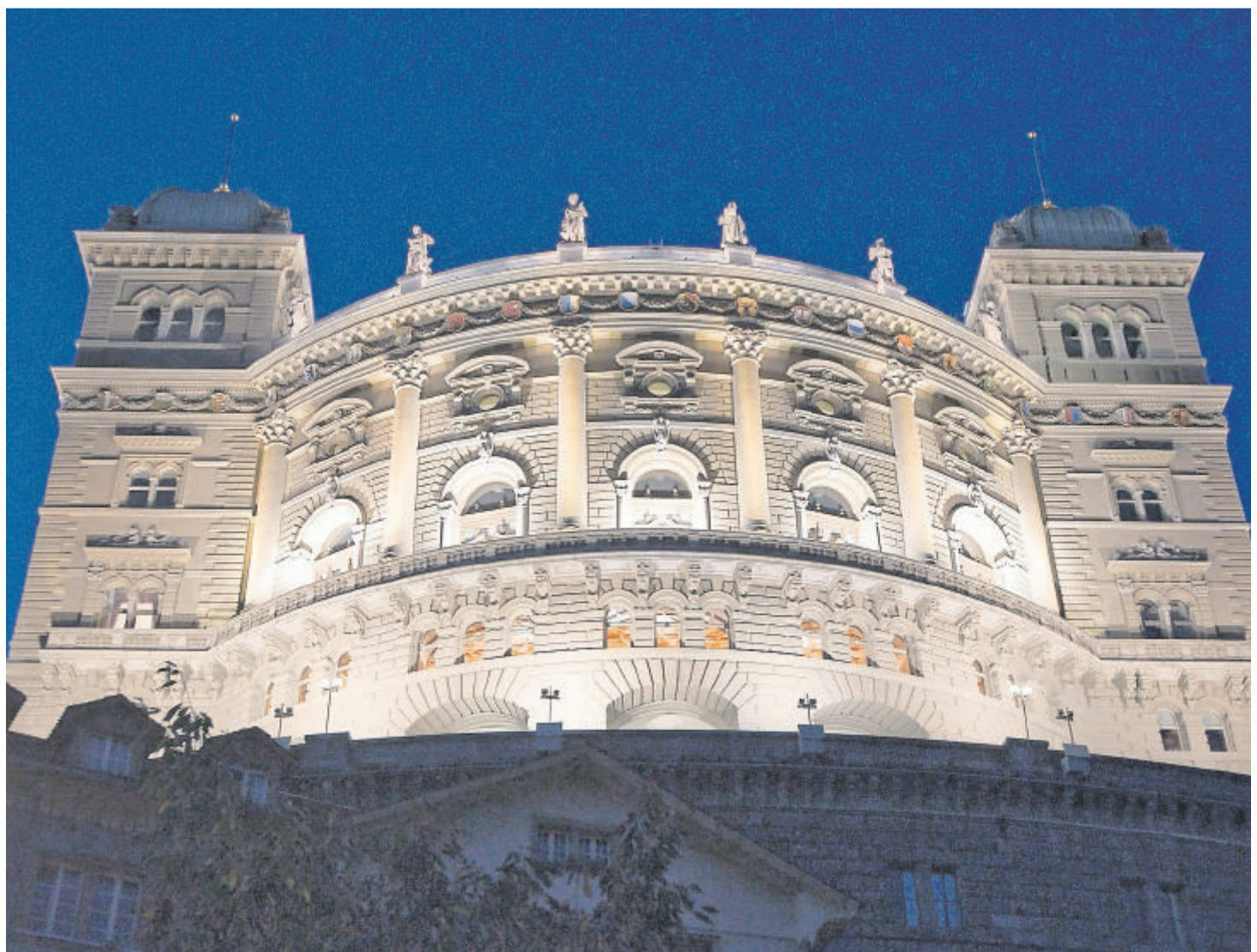


Bild: Keystone

Vom 4. bis 22. März haben die eidgenössischen Parlamente in Bern getagt.